

Gemeinsame Erklärung

Polizei und Muslime im Dialog – Polizeipräsidium Mannheim sucht den Austausch mit den Verantwortlichen der islamischen Gemeinden der Region

Treffen bereits vor den jüngsten Terroranschlägen geplant

Zu einem erstmaligen Informationsaustausch hatte Polizeipräsident Thomas Köber bereits Mitte Oktober in Kooperation mit Talat Kamran, dem Leiter des Mannheimer Instituts für Integration und interreligiösen Dialog, die Imame und Vorstände der islamischen Gemeinden aus der Region eingeladen. Vertreter aus nahezu allen Moscheen waren am heutigen Freitag der Einladung in das Polizeipräsidium Mannheim gefolgt.

Alle Teilnehmer stimmten überein, dass ein gedeihliches Miteinander aller Menschen besonders dann gelingen kann, wenn dem interkulturellen Dialog eine besondere Bedeutung zukommt. Im Abbau von Vorurteilen und dem Aufbau gegenseitigen Vertrauens liegen die Schlüssel, Berührungspunkte mit dem Islam abzubauen und Radikalisierungstendenzen insbesondere bei jungen Menschen vorzubeugen.

Im Ergebnis kamen alle Teilnehmer zu dem Schluss, dass Extremismus keinen Raum in unserer Gesellschaft haben darf. Sie bekannten sich zu einer offenen, demokratischen und toleranten Gesellschaft. Die jüngsten Terroranschläge religiös motivierter Extremisten wurden unisono scharf verurteilt.

Um dieses vertrauensvolle Miteinander zu erreichen, bedarf es gemeinsamer Anstrengungen. Es wurde beschlossen, gerade in der Prävention künftig noch enger zusammen zu arbeiten. Beim Polizeipräsidium Mannheim wurde Anfang des Jahres ein umfängliches Konzept entwickelt, das beste Voraussetzungen bietet, auf vielen Ebenen greift, Erwachsene und junge Menschen gleichermaßen anspricht, beispielsweise vor Ort in den Moscheevereinen, in Schulen und der Jugendarbeit. Nicht nur, aber auch vor dem Hintergrund der Stärkung des Systemvertrauens in die Polizei, ist in diesem Konzept der Austausch mit den Imamen fest verankert.

Die Vertreter der muslimischen Gemeinden sehen sich als Teil der Gesellschaft und stehen zu ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, gegenüber Radikalisierungstendenzen (Rechtsextremismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und religiös motiviertem Extremismus) besonders wachsam zu sein.

Auch die Infrastruktur der Kriminalprävention und die etablierten Angebote sollen hierbei intensiv genutzt werden, insbesondere bei der Verhinderung von Wohnungseinbrüchen, der

Senioren-sicherheit, der Verkehrssicherheit, der Gewalt- und Suchtprävention und dem sicheren Umgang mit dem Internet, Smartphone und Co.

Der Schulterschluss in der Prävention kann besonders gut über die gemeinnützigen Vereine Sicherheit in Mannheim, Sicheres Heidelberg und Prävention Rhein-Neckar gelingen, die als Bindeglieder zwischen staatlichen Stellen, Kommunen, Vereinen, Verbänden und dem Einzelnen fungieren.

Alle Muslime sind eingeladen, sich über das bürgerschaftliche Engagement mit ihren Ideen und Anregungen in der Kommunalen Kriminalprävention einzubringen.

Die Teilnehmer beschlossen einhellig, den informativen Austausch fortzusetzen.

Mannheim, 27. November 2015